

JAHRES-MEDIENKONFERENZ VOM 11. JANUAR 2022

Daniel Lampart, Leiter SGB-Sekretariat

Verbesserung der Lage von Haushalten mittleren und tieferen Einkommen statt Steuersenkungen für die Topverdiener

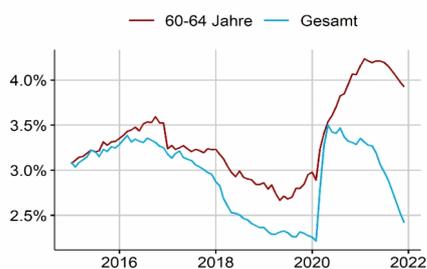
Die Corona-Krise hat die Lage vieler Arbeitnehmender in den letzten zwei Jahren wesentlich verändert. Dank Kurzarbeit und den weiteren Lohngarantien (EO) konnte eine Katastrophe erfolgreich verhindert werden. Die Arbeitslosigkeit geht seit einigen Monaten wieder zurück. Dennoch bleiben schmerzhafteste Spuren und Verwundbarkeiten, insbesondere bei Arbeitnehmenden mit tieferen Einkommen sowie Jüngeren und Älteren.

Schmerzhafteste Spuren und Verwundbarkeiten bei Ü60, Jüngeren und tieferen Einkommen

Bei den über 60-Jährigen ist der Aufschwung bisher noch kaum angekommen. Ihre Arbeitslosigkeit ist nach wie vor höher als vor der Krise. Auf der anderen Seite sind knapp 25'000 Personen im Alter von 15 bis 24 Jahren weniger erwerbstätig als vor dem Corona-Ausbruch.

Arbeitslosenquote Total und 60-64-Jährige

(in Prozent, saisonbereinigt)



Quelle: SECO

Bei den Haushalten mit tieferen Einkommen hat sich die finanzielle Lage dank dem wirtschaftlichen Aufschwung und der Aufstockung der Kurzarbeitsentschädigung für sehr tiefe Löhne wieder verbessert. Aber nach wie vor sind die Berufstätigen aus den schlechter entlöhnten Branchen wie dem Gastgewerbe, dem Kulturbereich u. a. häufiger in Kurzarbeit. Sie haben teilweise empfindliche Einkommenseinbussen.

Im Aufschwung sind leider viele unsichere Stellen entstanden.¹ Die Zahl der temporär Angestellten stieg 2021 beispielsweise um mehr als 10 Prozent.

Ambivalentes Homeoffice: Risiken insbesondere Neueingestellte und Schwächere

Die starke Zunahme des Homeoffice war wohl eine der grössten strukturellen Änderungen auf dem Schweizer Arbeitsmarkt in jüngerer Zeit. Die Zahl der Berufstätigen mit Telearbeit stieg in einem Jahr von rund 1.1 auf 1.5 Millionen Personen. Die Auswirkungen sind noch nicht ausreichend analysiert. Fakt ist: Das Homeoffice ist ambivalent. Während es für etablierte MitarbeiterInnen eine Erleichterung sein kann, weil zum Beispiel der Arbeitsweg entfällt, dürften beispielsweise bei zahlreichen BerufseinsteigerInnen oder Neueingetretenen die Nachteile überwiegen. Wenn viele zuhause sind, gibt es kaum persönliche Kontakte. Und die sind gerade beim Neueintritt wichtig, um in der Firma Fuss fassen zu können². Dazu kommen weitere Risiken wie die Vermischung von Freizeit und Arbeit mit den entsprechenden gesundheitlichen Folgen. Oder auch Fragen des Datenschutzes und der betrieblichen Sicherheit.

Onlinehandel und Foodkurier: Nur eine soziale, produktive Organisation hat Zukunft

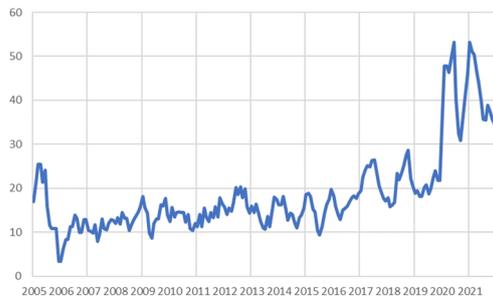
Profiteure der Corona-Krise sind der Onlinehandel und die Lieferfirmen. Während die grossen Onlinehändler 2020 ein Umsatzwachstum im zweistelligen Bereich verzeichneten, dürften sich insbesondere die Lieferungen von Essen mehr als verdoppelt haben.³ Bei diesen Lieferdiensten sind oft nicht nur die Arbeitsbedingungen schlecht. Sondern auch die Technologie passt nicht zu den Standards einer hochproduktiven Schweiz. Sei es beispielsweise in Form von veralteten Velos oder einer mangel- oder fehlerhaften Personaladministration. Die Verhinderung einer wenig produktiven Dumping-Wirtschaft ist nicht nur sozialpolitisch wichtig, sondern auch für die Zukunft der Schweiz als eine der produktivsten Wirtschaften der Welt.

¹ Gemäss BFS hat sich der Anteil der Berufstätigen mit «schwankender Arbeitszeit» auf 12 Prozent mehr als verdoppelt. Allerdings kann ein Teil dieses Anstiegs auf die Art und Weise, wie die Umfrage neuerdings durchgeführt wird, zurückgehen.

² <https://derby.openrepository.com/bitstream/handle/10545/626045/Tronco%20Hern%C3%A1ndez%20et%20al,%202021%20-%20UDORA%20upload.pdf?sequence=1>

³ Der Begriff „Lieferdienst“ hat sich in Google-Trends gegenüber dem Vorkrisenniveau ungefähr verdoppelt.

Google-Trends: «Lieferdienst» (gleitender Mittelwert)



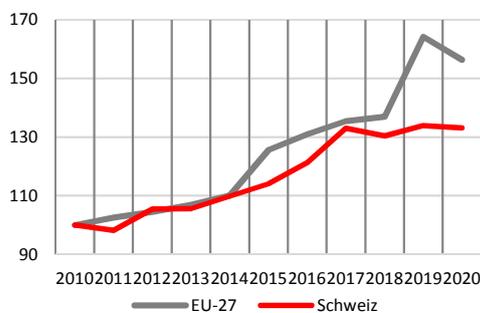
Uber Eats: Alte, schlecht ausgerüstete Velos



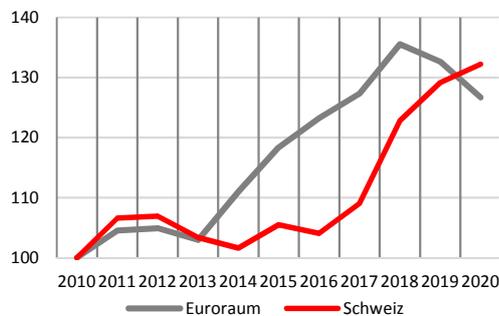
Investitionsrückstand der Schweiz

Die Entwicklung der Löhne und der Produktivität ist eine Schlüsselfrage. Negativ ausgewirkt hat sich u. a. die Frankenüberbewertung. Die Schweizer Investitionen in den Zukunftsbereichen F&E, Software und ICT sind beispielsweise weniger gewachsen als im Euroraum. Spätestens die Corona-Krise hat gezeigt, dass es auch eine Neuinterpretation des Föderalismus braucht. Kleinräumige Strukturen haben Vorteile, was direkte persönliche Kontakte betrifft. Für modernste IT-Lösungen sind sie aber oft zu klein – u. a. weil die erforderlichen Datenmengen fehlen.

Investitionen in F&E und Software (real, 2010=100)

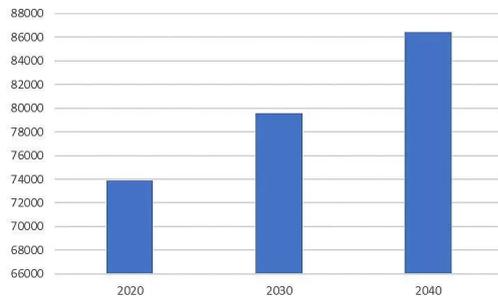


Investitionen in ICT



Gute Löhne und eine hohe Produktivität erleichtern auch die Finanzierung der Altersvorsorge wesentlich. Dank den früheren Investitionen in Technologien, Bildung und Infrastruktur haben die heutigen Berufstätigen höhere Löhne – selbst wenn sie etwas mehr für die AHV zahlen müssen. Das zeigt übrigens auch, dass die Kritik einer «Umverteilung von jung zu alt» falsch ist. Denn die früheren Generationen haben die Produktivität der heute Erwerbstätigen über ihre Investitionen und Steuern wesentlich mitfinanziert. Die so genannte «Generationensolidarität» ist vielschichtiger als meist dargestellt. Es ist wichtig, dass wir auch unseren Kindern eine produktive Wirtschaft hinterlassen, so dass sie mehr Geld zum Leben haben werden, selbst wenn die AHV-Beiträge erhöht würden. Aber auch die Umweltprobleme werden ohne eine markante Erhöhung der Ressourceneffizienz nicht lösbar sein.

Mittlerer Netto-Reallohn pro Jahr⁴ (in Franken, nach AHV-Lohnbeiträgen)



Vermeehrt Einkommensprobleme der Haushalte mit mittleren und unteren Einkommen

Viele Arbeitnehmende haben zunehmend Mühe, mit dem Einkommen über die Runden zu kommen. Die Belastung durch die Krankenkassenprämien ist für viele unerträglich geworden. Die Löhne stiegen von 2016 bis 2022 real um nur 0.2 Prozent pro Jahr und hinken der Wirtschaftsentwicklung hinterher. JedeR sechste ArbeitnehmerIn hat nicht einmal einen 13. Monatslohn. Bei den Renten geht es sogar abwärts, weil die Pensionskassenrenten unter Druck sind.

Statt diese Probleme anzugehen, arbeiten Bundesrat und Parlament in die Gegenrichtung. Sie planen Steuersenkungen von gegen 3 Mrd. Franken pro Jahr für Vermögende, GutverdienerInnen und Unternehmen. Die zunehmend unerträgliche Prämienlast in der Krankenversicherung wird hingegen nicht beseitigt.⁵

Geschätzte Steuerausfälle der geplanten Steuersenkungen⁶

(Mio. Fr.)

	Bund (pro Jahr)	Kantone (pro Jahr)
Abschaffung Emissionsabgabe (Stempelsteuer) ⁷	250	
Abschaffung Verrechnungssteuer und Umsatzabgabe auf Obligationen ⁸	200 ⁹	20
Steuerliche Entlastung für familienexterne Kinderbetreuung	7.9	2.1
Abschaffung Eigenmietwert ¹⁰	78.8	1600
Erhöhung der Pauschalabzüge von Krankenkassenprämien DBST ¹¹	386	79
Total geschätzte Ausfälle	922.7	1701.1

⁴ Medianlohn nach AHV-Lohnbeiträgen gemäss AHV-Perspektiven des Bundes bzw. des SGB.

⁵ Es ist unklar, ob der bescheidene Gegenvorschlag zur Prämienverbilligungs-Initiative im Parlament eine Chance hat.

⁶ Weitere kommende Steuervorlagen sind die OECD-Steuerreform und evtl. die Individual- bzw. Ehepaarbesteuerung.

⁷ Bereits vom Parlament beschlossen – Referendumsabstimmung voraussichtlich im Februar 2022.

⁸ Bereits vom Parlament beschlossen, Referendum im Gang.

⁹ Steigt das Zinsniveau, werden die Ausfälle deutlich höher – bei 500 bis 800 Mio. Franken

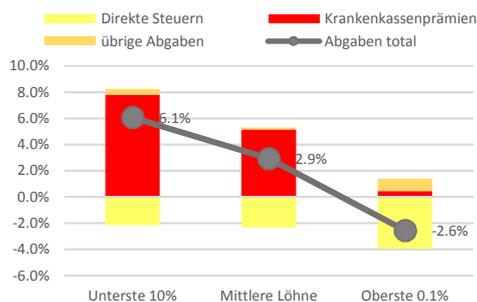
¹⁰ Geschätzte Ausfälle gemäss der Stellungnahme des Bundesrates vom August 2021. Die Ausfälle sind abhängig vom Zinsniveau – unterstellt werden hier 1.5 Prozent – sowie von der Höhe der Eigenmietwerte, die notorisch zu tief sind. Das Geschäft wurde vom SR verabschiedet und geht in den NR.

¹¹ Motion vom Parlament überwiesen.

Damit setzt die Politik die Steuer- und Abgabepolitik der letzten Jahre fort, die 180 Grad in die falsche Richtung ging. Denn die TopverdienerInnen haben von Steuersenkungen bei der Einkommens- und Verrechnungssteuer profitiert, während die Haushalte mit tiefen und mittleren Einkommen vor allem durch die Kopfprämien bei den Krankenkassen immer stärker belastet wurden.

Entwicklung der Steuern und Abgaben von 2000 bis 2019: Paarhaushalte

(Einkommensanteile inkl. Krankenkassenprämien und Sozialversicherungen)



Wirtschaftspolitischer Handlungsbedarf zur Verbesserung der Lage der Arbeitnehmenden

Damit sich die Lage der Arbeitnehmenden verbessert sind aus wirtschaftspolitischer Sicht insbesondere folgende Massnahmen prioritär:

- In der Einkommens- und Steuerpolitik braucht es sozialpolitische Verbesserungen für die Haushalte mit mittleren und tieferen Einkommen statt Steuersenkungen für die Oberschicht. Die für Steuersenkungen vorgesehenen knapp 3 Mrd. Franken müssen in die Prämienverbilligungen fliessen.
- Die überschüssigen Prämienreserven in der Krankenversicherung von rund 6 Mrd. Franken müssen möglichst rasch an die Versicherten zurückbezahlt werden.
- Eine konsequentere Bekämpfung der Frankenüberbewertung. Sie hat dazu geführt, dass die Erwerbslosigkeit in der Schweiz mit rund 5 Prozent viel höher ist als in Deutschland (3.3 Prozent). Sollte die EZB die Geldpolitik normalisieren, kann die SNB mit Zinserhöhungen zuwarten.
- Eine stärkere Unterstützung der über 60-Jährigen bei der Stellensuche in den RAV wie das im Impulsprogramm zur Begrenzungsinitiative vorgesehen war.
- Generelle Lohnerhöhungen und endlich ein 13. Monatslohn für alle.
- GAV mit guten Mindestlöhnen und Arbeitsbedingungen in allen Branchen. Prioritär insbesondere auch in wachsenden Branchen mit problematischen Arbeitsbedingungen wie bei den Kurieren.
- Angesichts der Omikron-Variante muss der Bundesrat die Lohngarantien in der Kurzarbeit lückenlos verlängern. Wenn das Test-/Contact-Tracing-Regime überlastet werden wird, muss der Fokus auf die vulnerablen Personen gerichtet werden.